



Die Association pour la protection des animaux sauvages (Aspas) und das Kollektiv Un jour un chasseur zogen am Dienstag vor Gericht, um eine Verschärfung des Gesetzes über die sichere Ausübung der Jagd zu erreichen.

Mehr Sicherheit für die Ausübung der Jagd. Das fordern die Association pour la protection des animaux sauvages (Aspas) und das Kollektiv Un jour un chasseur (Ein Tag ein Jäger). Die beiden Vereine haben am Dienstag, dem 10. Oktober, eine Klage gegen den französischen Staat eingereicht, wie der Sender Franceinfo berichtet. Sie fordern unter anderem eine Beschränkung der für die Jagd erlaubten Tage, insbesondere an Wochenenden und eine strengere Ausbildung der Jäger sowie gemeinsame Regelungen für alle französischen Departements.

Im Dezember 2022 fühlten sich sieben von zehn Franzosen während der Jagdsaison nicht sicher, so eine Umfrage des Ifop-Instituts, die im Auftrag von sieben Verbänden durchgeführt wurde. Einen Monat nach der Veröffentlichung hatte die Regierung einen Plan vorgelegt, um die Jagdausübung sicherer zu machen. Er führte am 13. September zur Einführung eines Bußgeldes für Jäger, die offensichtlich betrunken sind. Eine unzureichende Maßnahme, wie die Verbände nun meinen. Das von ihnen eingeleitete Verfahren besteht aus zwei Schritten: Am Dienstag, dem 10. Oktober, wurde dem Staat eine Vorabentschädigungsforderung zugesandt. In diesem Schreiben wird zusammengefasst, was ihm vorgeworfen wird, und er wird aufgefordert, Maßnahmen zu ergreifen, um den Konflikt gütlich beizulegen. Wenn er bis zum 10. Dezember nicht antwortet, wird der zweite Schritt eingeleitet: Die Verbände werden beim Verwaltungsgericht Paris eine Klage wegen schuldhafter Untätigkeit des Staates einreichen.

Einer der mit der Vertretung der Verbände beauftragten Anwälte, versichert, dass das Ziel dieser Offensive nicht darin besteht, „in ein Anti-Jagd-Schema zu verfallen“. Daher wurde am Montag ein Schreiben an die Vorsitzenden der nationalen und departementalen Jagdverbände verschickt, in der Hoffnung, sie in die Debatte einzubeziehen.

Laut dem Anwalt ist ein solches Verfahren im Bereich der Jagd ein Novum.